



# Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg

Herbst 2015

## Seehofer hinter Gitter!



**Bayerns Landesregierung hetzt mit gesetzwidrigen Vorschlägen gegen Flüchtlinge, um eine Abschottung Deutschlands durchzusetzen. Wir sagen dazu Nein!**

Tausende Menschen sind allein in diesem Jahr bei dem Versuch gestorben, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, um hier Armut, Verfolgung und Krieg zu entkommen. Bis Ende 2015 wird die offizielle Zahl bei mehr als 3.000 Menschen liegen – die echte Zahl kennt niemand. Wer es nach Europa geschafft hat, wird zu unwürdigen Prozeduren gezwungen, eingesperrt oder muss sich auf einen tage- und wochenlangen Fußmarsch machen, um von Griechenland aus nach Mitteleuropa zu gelangen. Wer es nach Deutschland geschafft hat, wird in Turnhallen und Zeltstädten untergebracht. Menschenrechtsorganisationen berichten von katastrophalen Zuständen: Kaum medizinische Versorgung, schlechte Hygiene und zu wenig Nahrung.

Auch in Bayern sind bereits Tausende Flüchtlinge eingetroffen. Bis Mitte Oktober wurden bereits mehr als 2.500 von ihnen in Augsburg untergebracht. Im Stadtgebiet leben rund 200 Jugendliche unter 18 Jahren, die aus ihren Heimatlän-

dern geflohen sind. Es wurden acht Gemeinschaftsunterkünfte eingerichtet. 650 Menschen sind zudem dezentral im Stadtgebiet untergebracht worden. Sie leben in 18 angemieteten Gebäuden. Zudem stehen vorübergehend Räume in 17 Pensionen zur Verfügung. Doch rund 700 Menschen leben in provisorischen Noterstaufnahmeeinrichtungen. Das bedeutet: Leben in einer Turnhalle, schlafen auf einer Matratze, ohne Privatsphäre und ohne Arbeit, neben Hunderten anderen Schicksalsgefährten. Konflikte sind da programmiert, auch wenn die ehrenamtliche Hilfe in Augsburg groß ist. Vereine und kirchliche Institutionen organisieren Kleiderspenden, medizinische Versorgung und soziale Angebote. Es ist beeindruckend, wie viele Menschen sich real für eine Willkommenskultur einsetzen, die bei den Politikern in der Regel nur leere Phrase ist.

Tatsächlich wird eine erbarmungslose Abschottungspolitik betrieben. In Ungarn werden Zäune errichtet, an der deutsch-

österreichischen Grenze wird wieder kontrolliert. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer hetzt mit gesetzwidrigen Forderungen. Nacht für Nacht werden Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte begangen. Tausende Neonazis und »besorgte Bürger« demonstrieren dagegen, dass Menschen in ihrer Nähe leben sollen, die ihren jeweiligen Dialekt nicht sprechen. Zugleich drücken sich Bund und Länder davor, den Kommunen zu helfen, ausreichend qualifiziertes Personal für die Betreuung und Versorgung der Flüchtenden einzustellen. Stattdessen wird billigend in Kauf genommen, dass sich viele Freiwillige ehrenamtlich aufreihen.

Während Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Gelder, die vom Bund für die Betreuung der Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wird, aus dem Sozialhaushalt abzieht – und somit die Schutzsuchenden dafür verantwortlich macht, dass Schwimmbäder oder Bücherein geschlossen werden –, werden jähr-

# Sichere Herkunftsländer?

## Anmerkungen zu einer verlogenen Debatte

Ende September haben sich die Bundesregierung und die Chefs der Bundesländer auf eine erneute Verschärfung des Asylrechts geeinigt. Unter anderem wurde die Liste der »sicheren Herkunftsländer« ausgeweitet. Das sind Staaten, in denen nach herrschender Definition niemand »politisch verfolgt« wird. Deshalb könne man die Menschen einfach wieder in einen Bus oder einen Flieger setzen und nach Hause schicken, beschlossen die Ministerpräsidenten.

Das Problem ist allerdings, dass die Festlegung, was denn nun »sichere« Herkunftsländer sind, nicht nach den Fakten erfolgt, sondern davon bestimmt wird, wen man lieber nicht in Deutschland haben will. Da wird dann davon geredet, dass die Menschen nicht politisch verfolgt würden, sondern hier einfach ein besseres Leben wollen – als wäre das ein Verbrechen. Dabei ist unbestritten, dass Roma und andere Minderheiten in den Ländern des Balkan vielfach rassistischer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt sind.

Wenn im Kosovo, in Albanien und Mazedonien der Staat in weiten Regionen schlicht und einfach nicht mehr existiert, wird der Alltag zum Problem. Da Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst viel zu niedrig sind, muss alles, was wir hierzulande als »öffentliche Dienstleistungen« für selbstverständlich halten, bezahlt werden. Die Beamten sind auf Bakschisch an-

gewiesen, um selber zu überleben. Ein Neugeborenes beim Standesamt anmelden? Kindergeld beantragen? Das Kind einschulen? Die Rente beantragen? Zum Arzt gehen? Überall hält jemand die Hand auf. Oder noch schlimmer. Auch im EU-Land Bulgarien kommt es immer wieder vor, dass insbesondere Roma und »Pomaken« (bulgarische Moslems) plötzlich ganz ohne Papiere dastehen, weil diese auf dem Amt einfach »verschwunden« sind. Im Klartext: Weil rassistische Beamte die Dokumente vernichtet haben.

Dabei haben »wir« doch 1999 einen Bombenkrieg gegen das damalige Jugoslawien geführt, um »die Menschenrechte zu verteidigen«. Damals waren die Flüchtlinge etwa aus dem Kosovo willkommen, dienten sie doch der Propaganda gegen den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic. An die Macht gebombt wurde im Kosovo damals eine skrupellose Mafia. Unter dem Schutz von NATO- und Bundeswehr-Soldaten herrschen diese Verbrecher dort bis heute. Letztlich ist diese Lage das Ergebnis von einem Vierteljahrhundert Konterrevolution. Ob in Albanien, Bulgarien oder Jugoslawien, überall ist das »Minimum«, das die Leute mal gewohnt waren, nicht mehr da. Offiziell nachzulesen ist das in der ganz offiziell gesunkenen Lebenserwartung sichtbar. Männer werden in diesen »sicheren Herkunftsländern« selten 65 und Frauen selten 70 Jahre alt.

## Zynisches Spektakel

Kurt Tucholsky schrieb einst seinen berühmt gewordenen Satz »Soldaten sind Mörder«. Der Autor hatte keinerlei Sympathie für die uniformierten Truppen und keinen Sinn für militärische Spektakel. Zu frisch war ihm die Erinnerung an die Schrecken des Ersten Weltkriegs.

Die Menschen, die auf der Flucht vor Krieg und Elend zu uns kommen, können sich daran ebenfalls noch sehr gut erinnern. Daran, wie uniformierte Mörder ihre Dörfer und Städte überfielen oder zerbombten. Vom Militär dürften sie erstmal die Nase voll haben.

Deshalb mutet das Vorhaben zynisch an, das der »Rotary Club Augsburg« für den 23. November plant. Der Verein hat sich nämlich das Musikkorps der Bundeswehr zu einem Benefizkonzert eingeladen. Die spielen Reiter- und Militärmärsche, garniert mit Popmusik. Der Erlös des Trara soll an »Asylsuchende, Flüchtlinge und Migranten« gehen, konkret an das von »Tür an Tür« betriebene Beratungscafé.

Fast hätten wir geschrieben: Mörder spielen für ihre Opfer ...

### Fortsetzung von Seite 1

lich mehr als 33 Milliarden Euro für die Bundeswehr, Waffen und Aufrüstung ausgegeben. Mit diesem Geld werden also auch die Kriege finanziert, vor denen die Menschen fliehen. Wenn die Rente gekürzt wird, Kommunen pleite sind und die Arbeitslosigkeit steigt, dann ist das deshalb eine Folge der Politik der Herrschenden und nicht die Schuld von flüchtenden Menschen. Es ist die unsoziale Politik der Bundes- und der Landesregierung, die den Boden für rassistische und ausländerfeindliche Hetze bereitet. Es sind die deutschen Banken und Konzerne, für deren Wirtschaftsinteressen Krieg geführt wird und die von Billiglöhnen in Deutschland und anderswo profitieren.

»Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört« – Dieser Satz ist auf Plakaten protestierender Flüchtlinge zu lesen. Sie haben recht: Deutschland und die anderen NATO-Staaten zerstören in Ländern wie Syrien oder dem ehemaligen Jugoslawien die gesellschaftliche Ordnung, um sie nach den Interessen der Banken und Konzerne umzuwälzen. Dabei geht es nicht um Demokratie oder die Verteidigung von Menschenrechten. Es geht um Einflussphären für deutsche Politik und Unternehmen, um Absatzmärkte und Rohstoffe, geostrategische Interessen, um billige Arbeitskräfte. Die genehmigten Waffenexporte der Bundesregierung haben im ersten Halbjahr 2015 bereits den Wert des gesamten Vorjahres erreicht.

Grenzsicherungen können den Zustrom von Flüchtlingen nicht stoppen. Menschen, die vor Krieg und Hunger auf der Flucht sind, werden sich nicht von geschlossenen Grenzen beirren lassen. Für sie gibt es keinen Weg zurück, denn zu Hause herrschen Krieg und Verfolgung. Die Situation wird sich nur ändern, wenn wir die Fluchtursachen bekämpfen. Ohne den Stopp von Bundeswehr-Auslandseinsätzen und ein Verbot von Waffenexporten wird sich nichts ändern. Bis dahin wissen wir um den Reichtum dieses Landes. Vor wenigen Jahren konnten Milliarden zur Rettung von »systemrelevanten Banken« bereitgestellt werden. Das soll für Menschlichkeit und Solidarität nicht möglich sein? Jeder Mensch zählt!

## Kommunen in der Schuldenfalle

Immer wieder heißt es, in unserer Stadt sei nicht genügend Geld da. Die maroden Schulden werden deshalb bis 2021 nur teilrenoviert. Reinigungsarbeiten werden von billigen Leiharbeiterinnen verrichtet und Gebühren überall in Augsburg erhöht. Trotzdem wird der Schuldenberg der Stadt bis Ende dieses Jahres voraussichtlich auf 319 Millionen Euro angewachsen sein. Dabei spielen Kassenkredite eine besondere Rolle. Sie sind für die Kommunen das, was für uns der Dispo ist – und erfreuen sich in Zeiten

finanzielle Not immer größerer Beliebtheit. Während sich Stadt Augsburg 2012 noch mit nur 15 Euro pro Einwohner über Kassenkredite verschuldet hatte, waren es 2013 schon 144 Euro.

Augsburg ist kein Einzelfall. Die Gesamtverschuldung aller Städte und Gemeinden kletterte 2014 auf einen Betrag von 328 Milliarden Euro – 100 Milliarden Euro mehr als noch vier Jahre zuvor. Tendenz weiter steigend!

Artikel 28, Absatz 2 des Grundgesetzes garantiert den Städten und Kommunen das Recht auf Selbstverwaltung. Dieses Recht wird ihnen durch eine Finanzpolitik systematisch verweigert, in der Bund und Länder immer mehr Kosten auf die kommunale Ebene abwälzen, ihnen aber gleichzeitig die nötigen Gelder verwehren. Für die öffentliche Daseinsfürsorge bleibt so kein Geld mehr übrig. Auch die Stadt Augsburg zahlt nur noch für das, was sie gesetzlich wirklich zahlen muss. Alles andere fällt hinten runter. Dazu gehören öffentliche Bibliotheken, Kultur, Schwimmbäder, ...

Durch die von SPD und CDU/CSU im Grundgesetz verankerte »Schuldenbremse« werden die Kommunen zudem ge-

zwungen, ihre Verschuldung schrittweise abzubauen. Das treibt die Städte zum Verkauf unseres öffentlichen Eigentums. In Berlin wurde z.B. die Wasserversorgung verscherbelt, und bei uns in Augsburg musste die Stadt per Bürgerentscheid daran gehindert werden, die Energiesparte der Stadtwerke abzutreten. In den Kommunen wird weniger ausgebildet, und weniger Azubis werden nach der Ausbildung übernommen.



drohung für viele arbeitende Menschen geworden ist. Deutschland ist, gemessen an seiner Produktivität, längst zu einem Niedriglohnland geworden. Mehr Belastungen für uns und Steuererleichterungen für die Banken und Konzerne – das ist die Devise der Bundesregierung.

Wir sagen: Das muss aufhören! Der kommunalen Verschuldung kann nicht mit neuen Krediten und auch nicht mit dem frechen Verkauf unseres Eigentums begegnet werden. So etwas nutzt nur den Banken und Konzernen. Die DKP fordert deshalb einen Schuldenschnitt für alle Städte und Gemeinden. Was wir brauchen, ist eine Finanzpolitik, die unsere Kommunen so versorgt, dass sie unsere Grundbedürfnisse nach einem Zugang zu guter Bildung, bezahlbarer Kultur und einem erschwinglichem Nahverkehr befriedigen können.

Dieses Vorgehen reiht sich ein in die von der SPD/Grünen-Bundesregierung durchgesetzten »Agenda 2010«, durch die Bezüge für Arbeitslose drastisch gekürzt wurden und »Hartz IV« zu einer realen Be-

## Freundlicher Kontrollwahn



Seit August geht in Augsburg »Freundlichkeit vor«. So jedenfalls der Werbeslogan, mit dem die Stadtwerke für eine neue Schikane geworben haben. Denn nun verlangt das stadteneigene Unternehmen von allen Fahrgästen, vorne beim Fahrer einzusteigen und den Fahrschein vorzuzeigen.

Wahrscheinlich wollen die Stadtwerke mit dieser Aktion in Augsburg den Flair einer Weltstadt verbreiten. Jedenfalls erinnert das Vorgehen an Berlin: Auch dort müssen Fahrgäste zur Kontrolle vorne einsteigen. Das Ergebnis sind vor allem in der Hauptverkehrszeit und im Stadtzentrum regelmäßige Verspätungen, weil sich die Fahrgäste am vorderen Eingang ballen. Der eine oder die andere muss sich noch einen Fahrschein kaufen, und schon kommt niemand mehr vorbei. Diese Bilder drohen uns nun auch in Augsburg. Und was ist mit denen, die noch schnell hinter dem Bus her rennen? Bislang konnten sie noch durch die hintere Tür in den Bus schlüpfen, nun müssen sie nach vorne weiterlaufen. Und selbstverständlich wartet der Busfahrer, denn »Freundlichkeit geht vor«.

Es ist nicht das erste Mal, dass Augsburg Berlin nacheifert. Hat die Hauptstadt ihre unendliche Geschichte »Flughafen«, ist Augsburg im jährlichen »Schwarzbuch« des Bundes der Steuerzahler vertreten. Als »Fass ohne Boden« bezeichnet der Verband die »zweistöckige Straßenbahnunterführung«. Angesichts der unendlichen Kostensteigerungen geht der BdSt davon aus, dass am Ende mehr als 300 Millionen Euro in diesem schwarzen Loch verschwunden sein werden. Soll nun durch die »freundlichen« Polizeistaatsmethoden versucht werden, die Kosten dafür von den Fahrgästen wieder reinzuholen, damit bloss nicht jemand doch einfach ohne gültigen Fahrausweis unterwegs ist?

# Griechenland aus erster Hand



**Teilnehmer der SDAJ-Delegation mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands, Dimitris Koutsoumbas**

»Die Griechen sind faul. Die Griechen haben zu hohe Renten. Die Griechen leben auf unsere Kosten« – kaum ein Tag verging in den vergangenen Monaten, ohne dass »Bild« und ähnliche Blätter das Thema Griechenland durchkauten. Trotzdem – oder gerade deswegen – wissen nur wenige, was sich dort genau abspielt. Wenn man aber nach Griechenland fährt und sich mit der dortigen Bevölkerung unterhält, bekommt man eine ganz andere Sicht auf die Situation in dem Land. Eine Gruppe von Mitgliedern der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) besuchte deshalb im September auf Einladung der Kommunistischen Jugend Griechenlands (KNE) das Land.

Erinnern wir uns kurz, wie alles angefangen hat. Den deutschen Konzernen wie Volkswagen kam die Mitgliedschaft Griechenlands in der EU gerade recht, denn das bedeutete einen weiteren Absatzmarkt, der nicht durch Zölle und Steuern verschlossen war. Inzwischen sieht man auf Griechenlands Straßen überwiegend deutsche Autos. Sogar in den griechischen Supermärkten verdrängt in Deutschland produzierter Schafskäse das griechische Original. Es liegt auf der Hand, dass es der griechischen Industrie nicht gut tut, wenn billigere Waren aus

dem Ausland die eigenen Produkte ersetzen. Die so geschwächte Wirtschaft brauchte also Kredite. Die bekam sie vom Staat, der sich dafür bei den europäischen Großbanken verschulden musste. Um diese Schulden zurückzuzahlen, werden seit Jahren Ausgaben für die öffentliche Daseinsvorsorge gestrichen, Steuern erhöht, Löhne gekürzt. Und wieder geht es für die Wirtschaft bergab, denn wer nichts mehr verdient, kann nichts mehr ausgeben.

Viele der in Deutschland als »faul« beschimpften Griechinnen und Griechen arbeiten inzwischen in mehreren Jobs gleichzeitig und nehmen jede mögliche Arbeit an, um ihre Familien über Wasser halten zu können.

Solche in Deutschland mit Absicht verbreiteten Vorurteile schaden auch uns in Deutschland. Wenn für uns der Hauptfeind der »faule Grieche« wird, dann sind die wirklichen Verursacher der Probleme in Deutschland fein raus. Denn während wir z.B. mit kaputten Schulen, niedrigen Löhnen, fehlenden Kindergartenplätzen und der Schließung kultureller Angebote zu kämpfen haben, machte der Rüstungskonzern Thyssen-Krupp 269 Milliarden Reingewinn. Unter anderem profitiert er

vom Verkauf der Waffen an reaktionäre Diktaturen wie Saudi-Arabien oder Katar.

Die Griechen und wir haben mit ähnlichen Problemen zu kämpfen: Um die Krisenkosten zu decken, wird bei der arbeitenden Bevölkerung gekürzt. Die Sozialsysteme und Kommunen werden bis aufs letzte ausgequetscht – obwohl das meiste Geld die Konzerne und Banken besitzen. Was bei uns Thyssen-Krupp und Deutsche Bank sind, sind in Griechenland die reichen Reedereien, die mit ihrer Handelsflotte 90 Prozent des in Griechenland befindlichen Geldes an sich reißen.

## Veranstaltungshinweis:

Teilnehmer der von der SDAJ organisierten Reise nach Griechenland berichten im Rahmen der Augsburger Friedenswochen von ihren Erfahrungen.

**Di., 10. November, 19 Uhr,  
Hans-Beimler-Zentrum,  
Manlichstr. 3, A-Oberhausen**

Um diesem kapitalistischen Wahnsinn zu entkommen, gibt es nur eine Möglichkeit: Wir müssen uns mit der griechischen Bevölkerung gemeinsam gegen die herrschende Ordnung, gemeinsam gegen die Profite der herrschenden Banken und Konzerne wenden. Die Griechen zeigen uns bereits, wie das geht. Denn angesichts einer Jugendarbeitslosigkeit von fast 50 Prozent, der Entlassung Tausender Beschäftigung, einer Kürzung des Mindestlohns wehren sich die Menschen mit Nachbarschaftshilfe, Großdemonstrationen und Generalstreiks.

Die der Kommunistischen Partei nahestehende Gewerkschaftsfront PAME mobilisiert bereits für den nächsten: Am 12. November soll die Arbeit niedergelegt werden, um gegen das von der Syriza-Regierung unterzeichnete neue Kürzungspaket zu protestieren. Das Motto: »Wir müssen die Situation in die eigenen Hände nehmen!«